

Union Nr. 23/68

Bonn
13. Juni
1968
22. Jahrgang

Z 8398 C

Thema der Woche

Ein neuer Schlag gegen die Entspannung

Die von dem SED-Regime angekündigten Maßnahmen zur Einführung eines Paß- und Sichtvermerkwanges und anderer Erschwerungen für den Reise- und Warenverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands und mit West-Berlin sind ein neuer Schlag gegen alle Entspannungsbemühungen.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Maßnahmen hat der Generalsekretär der CDU, Bundesminister Dr. Bruno Heck, erklärt: „Das ist ein glatter Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarungen über den freien Verkehr von und nach Berlin. Diese neuen Willkürmaßnahmen des SED-Regimes stehen im krassen Widerspruch zu den Entspannungsbemühungen. Damit zeigt sich erneut, wo die Friedensstörer in Europa sitzen. Es wird Sache der Mächte sein, die den freien Berlinverkehr vereinbart haben, sich umgehend mit diesen rechtswidrigen Maßnahmen zu befassen.“

Bundeskanzler Dr. Kiesinger ist am Donnerstag nach Berlin gereist,

um sich an Ort und Stelle über die neue Situation zu informieren. Die Bundesregierung hat außerdem Maßnahmen für die Lebensfähigkeit der Stadt beschlossen. Die Haushilfen wie die Steuervergünstigungen werden fortgesetzt und verstärkt. Die Bundesregierung wird alles tun, damit der Berliner Bevölkerung keine zusätzlichen Belastungen durch die widerrechtlichen Ost-Berliner Maßnahmen entstehen. Soweit die alliierten Rechte berührt werden, sollen in Kürze gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet, daß die Bundesregierung in der ersten Plenarsitzung der nächsten Woche, also am Donners-

tag, dem 20. Juni 1968, zu Beginn der außenpolitischen Debatte eine Erklärung zu den Maßnahmen des Zonenregimes gegen den freien Verkehr nach Berlin und über ihre Konsultationen in dieser Frage mit den Berliner Schutzmächten abgibt.

Die vorgesehenen Aktionen richten sich gegen alle Deutschen diesseits und jenseits der Demarkationslinie. Zu einer Zeit, wo die Umverständnis bemühten Regierungen in Ost und West Reisebeschränkungen und Handelshindernisse abbauen, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, soll den Deutschen untereinander jede normale Verbindung im eigenen Lande erschwert werden.

„Auch mit dieser Herausforderung, so schwer sie ist, müssen wir fertig werden, genauso wie mit der Blockade Berlins und mit dem Chruschtschow-Ultimatum“, heißt es in einer Erklärung von Dr. Gradl, MdB.

„Das freie Berlin und die Bundesrepublik als Ganzes sind gezwungen, erneut ihre Verbundenheit zu bewahren und Solidarität zu erweisen. Scheinbar geht es nur um Papiere, Stempel und Geld. Aber gerade weil die Aktion das Vertrauen und die Vitalität Berlins auf lange Sicht zu lähmen strebt, wird Abwehr durch schnelle und starke Förderung Berlins politisch und wirtschaftlich unerlässlich.“

Die Spalter-Aktivität Ulbrichts macht aber auch sehr ernste Fragen an Moskau unerlässlich. Der freie Zugang von und nach Berlin stützt sich u. a. auf das originäre Besatzungsrecht der Westalliierten in Berlin, auf ihre Abkommen mit der Sowjetunion in den Jahren 1944/45 und auf das Abkommen von 1949, mit dem die Berliner Blockade beendet worden ist. In all dem ist die Sowjetunion selbst im Wort. Die Frage stellt sich, welches Vertrauen sowjetische Verpflichtungen unter diesen Umständen verdienen.

Aber noch eine andere Frage drängt sich auf. Ost-Berlin hat seine Aktion in demselben Augenblick gestartet, in dem in den Vereinten Nationen der Weg für den Atomsperrvertrag freigegeben worden ist. Einer der Hauptinitiatoren dieses Vertrages ist Moskau. Es ist dasselbe Moskau, das dem Ostberliner Regime seine friedensfeindliche Aktion nicht nur erlaubt hat, sondern das sie durch seine militärische Präsenz und Rückendeckung überhaupt erst möglich macht.“

Koalition wird fortgesetzt

Seit Dienstagnacht 1.30 Uhr hat Baden-Württemberg wieder eine Regierung. Die SPD, obgleich eindeutiger Verlierer der Wahl und von einer knappen Mehrheit ihrer Landesdelegierten zu künftiger Opposition aufgefordert, hat sich durch einen klaren Beschluß der für die Regierungsbildung allein zuständigen Fraktion aus staatspolitischer Verantwortung heraus zur Weiterführung der Großen Koalition mit der CDU entschlossen. Die Freien Demokraten, mit denen die CDU noch wenige Tage zuvor im Gespräch stand, hatten es nach einer Sitzung ihres Landesausschusses vorgezogen, in der Opposition zu bleiben.

Die FDP kümmerte es wenig, daß sie mit dem erklärten Ziel in den Wahlkampf gezogen war, die Große Koalition abzulösen, sie opferte den ihr durch Stimmenzunahme gegebenen Wählerauftrag bedenkenlos ihrem parteipolitischen Kalkül. Bei der Entscheidung des FDP-Landesausschusses zeigte sich ganz deutlich, daß die Altliberalen von den Jungtürken um Dahrendorf und den „Oppositionsmachern“ aus Bonn an die Wand gespielt worden waren.

Ministerpräsident Dr. H. Filbinger und Bundestagsvizepräsident Erwin Schoettle, Leiter der Verhandlungsdelegationen ihrer Parteien, weisen darauf hin, daß CDU und SPD auch weiterhin sachlich zusammenarbeiten werden und die abgeschlossene Koalition, ungeachtet künftiger politischer Konstellationen in Bonn, für die volle Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg gelte.

CDU und SPD trafen die verbindliche Koalitionsvereinbarung, daß die neue Landesregierung beim Bund für die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts — und zwar bereits für die Bundestagswahl 1969 — eintreten wird. Außerdem prüft die Landesregierung auch die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts in Baden-Württemberg noch in diesem Jahr und will nach Zustimmung der beiderseits zuständigen Parteigremien im Landtag ein entsprechendes verfassungsänderndes Gesetz einbringen. Das Verhalten der FDP hat innerhalb beider Parteien die Anhängerschaft eines mehrheitsbildenden Wahlrechts weiter anwachsen lassen.

HEUTE

	Seite
Bestandsaufnahme der deutschen Friedenspolitik	2
Unsere Gesellschaft braucht Reformen	3
Mitbestimmung — zur Diskussion gestellt	6
Ehmkes neuester „Schwabenstreich“	8

Mit den Wahlgeschenken wird es ein für allemal vorbei sein. Das dürfte nach der ersten von vier Sitzungen des Finanzausschusses des Kabinetts unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger feststehen. Die Finanzplanung des Bundes läßt nämlich keinen Raum mehr für wahltaktische Freundlichkeiten. Im Rahmen dieser Sitzungsserie berät das Finanzkabinett in dieser und in der nächsten Woche über die Anforderungen der einzelnen Chefs der Bundesressorts zum Bundeshaushalt 1969 und zur mittelfristigen Finanzplanung bis 1972. Die endgültigen Beschlüsse des Finanzkabinetts werden am 26. Juni gefaßt werden.

Die Finanzreform gehört zu den vordringlichsten Aufgaben, die die Große Koalition bis 1969 lösen will. Grundüberlegung bei der Finanzplanung ist, daß für die Durchführung von überregionalen Aufgaben, die eine große wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung haben, eine Koordination von Bund und Ländern unerlässlich ist.



**DIE
WOCHE
IM
BUNDES
TAG**

Im Mittelpunkt der kommenden Arbeitswoche des Deutschen Bundestages wird am **Donnerstag, 20. Juni**, die **außenpolitische Debatte** stehen, zu der die Fraktion der CDU/CSU eine Große Anfrage eingebracht hat (s. nebenstehenden Text).

Die Woche wird mit der **Vorstandssitzung** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am **Dienstag, 18. Juni**, eingeleitet, nachmittags tagen die Arbeitskreise. Am **Mittwoch, 19. Juni**, tritt die Gesamtfraktion der CDU/CSU zusammen. Dabei werden u. a. die beiden ganztägigen Sitzungen des Bundestages am 20. 6. und 21. 6. Gegenstand der Erörterungen sein.

*

Die **Lohnfortzahlungen an Arbeitnehmer im Krankheitsfalle** soll nach den Vorschlägen des Mittelstandskreises der CDU auch im Aktionsprogramm der Union in der modifizierten Form der arbeitsrechtlichen Lösung (Portenplan) als Forderung für die Zukunft übernommen werden.

Weiter wurde vom Mittelstandskreis vorgeschlagen, die **Eigenbeteiligung der Versicherten** an den Kosten der Krankenversicherung besonders hervorzuheben. Solange noch keine konkreten Gesetzesvorschläge vorliegen, soll auf die offizielle Forderung nach **Öffnung der Rentenversicherung auch für Selbständige** im Aktionsprogramm nicht verzichtet werden.

Vom Vorstand des CDU-Mittelstandskreises wurde eine **Besteuerung der Sozialrenten abgelehnt**. Dagegen sollte das Aktionsprogramm die Forderungen nach einer Verbindung des Steigens der Sozialleistungen mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stellen.

*

Die Bemühungen der Großen Koalition, ein Gesetzgebungsprogramm zu entwickeln, das auch tatsächlich verwirklicht werden kann, richten sich auf eine Abstimmung zunächst in übergeordneten Fragen der **Verkehrspolitik**, der **Wettbewerbspolitik** und der **Finanzpolitik**. Gerade auf diesem Gebiet geht es darum, neben der Verabschiedung der Finanzreform an dem Grundsatz der **Ausgabenbeschränkung** nach wie vor festzuhalten.

Mit besonderem Interesse wurden in diesem Zusammenhang die Erklärungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Barzel, auf der letzten Sitzung seiner Fraktion zur Kenntnis genommen, daß die Koalition zu dem Wort stehen müsse, **ein mögliches Mehraufkommen an Steuern nicht für zusätzliche Anforderungen auszugeben, sondern dies zur Schuldentilgung zu verwenden**.

Bundestag

Bestandsaufnahme der deutschen Friedenspolitik

Am 20. Juni wird der Bundestag über die außenpolitische Lage diskutieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu eine Große Anfrage eingebracht, die Bundestag und Bundesregierung die Möglichkeit geben soll, „die aktuellen Fragen in den Gesamtrahmen unserer Außenpolitik einzuordnen und deren Grundlage nach innen und außen deutlich zu machen“.

„Trotz wiederholter Erklärungen und Reden von Mitgliedern der Bundesregierung besteht Unklarheit in weiten Teilen der öffentlichen Meinung Deutschlands über Wesen, Methoden und Ziele der deutschen Außenpolitik“, heißt es in der allgemeinen Begründung der Großen Anfrage.

Die neun Fragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihre Begründungen lauten:

1. Kann die Bundesregierung die ständig wiederkehrenden Behauptungen widerlegen, ihre angebliche Unbeweglichkeit verhindere Fortschritte zu einer Befriedigung Mitteleuropas? Welche Maßnahmen und Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um ihre Friedenspolitik in der ganzen Welt glaubwürdig darzulegen? Ist es der Bundesregierung gelungen, in weiten Teilen der Welt, insbesondere unter den Verbündeten und europäischen Nachbarn Unterstützung für diese Politik zu finden?

Begründung: Weil bei aller Unterstützung durch unsere Verbündeten die ständige Propaganda gegen die Ziele und Methoden der deutschen Politik offensichtlich negative Wirkungen gehabt hat, und zwar nicht nur in den östlichen Nachbarländern, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in wachsendem Maße von Teilen der westlichen Welt die militärische Stärke der UdSSR bestritten oder bagatellisiert wird? Teilt sie die Auffassung, daß eine sachgerechte Unter- richtung über die politischen und militärischen Verhältnisse in Ost- und Mitteleuropa besondere Förderung verdient?

Begründung: Weil eine einseitige Herabsetzung der militärischen Abwehrbereitschaft des Westens empfohlen wird, obwohl nicht zu bestreiten ist, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten in der jüngsten Vergangenheit ihre militärische Stärke ständig erhöht und ausgebaut haben. Eine realistische Einschätzung der Stärke des sozialistischen Lagers ist die notwendige Voraussetzung für die Sicherheits- und Friedenspolitik des Westens und die Grundlage für das Erreichen einer gleichwertigen, gleichrangigen und kontrollierten Abrüstung.

3. Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die sowjetische Politik gegenüber Deutschland geändert? Wie reagiert die Sowjetunion auf die deutschen Entspannungsbemühungen (z. B. Austausch von Gewaltverzichtserklärungen)? Wie stellt sich die Sowjetunion zu der Tatsache, daß die Bundesrepu-

blik sich nicht in die inneren Verhältnisse der Staaten des sozialistischen Lagers einmischte und deren besondere Beziehungen zur Sowjetunion respektierte?

Welche außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen sind aus der gegenwärtigen sowjetischen Politik zu ziehen?

Begründung: Weil leider festzustellen ist, daß die Sowjetunion in zunehmendem Maße der Bundesrepublik zu unterstellen versucht, sie wolle mit ihrer Friedenspolitik Zwietracht im sozialistischen Lager säen und die Bemühungen der Bundesregierung, das Verhältnis zu Moskau zu normalisieren, kein positives Echo gefunden haben. Für die Fraktion der CDU/CSU erhebt sich angesichts der negativen Haltung der Sowjetunion die Frage, ob auch aus diesem Grunde die Europa- und Bündnispolitik der Bundesrepublik aktiviert werden müssen, um die auf Entspannung gerichtete deutsche Ostpolitik im Westen zu verankern.

SED zementiert Spaltung

7. Glaubt die Bundesregierung, die erwünschte friedliche Lösung des Vietnamkonflikts werde unmittelbare Auswirkungen auf das Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander haben? Würde eine solche Lösung Abrüstungsgespräche erleichtern? Welche Folgen haben der Krieg in Vietnam und ein möglicher Friedensschluß für das Verhältnis der Vereinigten Staaten von Amerika zu ihren europäischen Verbündeten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland? Welchen Beitrag kann Europa zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Südostasiens leisten?

Begründung: Weil Eindämmung und Beseitigung von Spannungsherden in der Welt für die deutsche Politik zentrale Fragen sind. Alle Entspannungsschritte an der Peripherie haben auch auf die europäischen Probleme Auswirkungen. Unsere eigenen Entspannungsbemühungen werden durch ein besseres Verhältnis zwischen Washington und Moskau erleichtert. Das gilt auch für die kontrollierte Abrüstung.

Weil nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU Europa an der wirtschaftlichen und politischen Stabilität Südostasiens interessiert sein muß.

8. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Entwicklungshilfe fortgeführt, vielleicht sogar erweitert werden muß, obwohl eine Reihe

4. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten zu normalisieren und damit zugleich dem Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu dienen?

Begründung: Weil nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU trotz der negativen Haltung der Sowjetunion alle Möglichkeiten durch die Bundesregierung ausgeschöpft werden sollen, um bestehende Barrieren zwischen den Staaten Mittel- und Osteuropas und dem deutschen Volke abzubauen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation im Mittelmeerraum und die dort immer dringlicher werdenden ungelösten Fragen?

Begründung: Weil das verstärkte sowjetische militärische Engagement im Mittelmeer Europas Südflanke bedroht und Schritte unternommen werden müssen, um das westliche Bündnis als friedensstärkende Kraft im Mittelmeer zu stabilisieren.

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Zusammenschluß der Länder im freien Teil Europas für diesen eine Existenzfrage ist? Ist die Bundesregierung bereit, neue Vorschläge zu entwickeln, die geeignet sind, die Stagnation der europäischen Einigungsbestrebungen zu überwinden? Entsprechen im Rahmen des Gemeinsamen Marktes Leistungen und Gegenleistungen einander und welche Vorteile haben sich politisch und wirtschaftlich für die Bundesrepublik ergeben?

Begründung: Weil das europäische Einigungswerk stagniert und innerhalb der europäischen Gemeinschaften ein besorgniserregender Prozeß der Renationalisierung zu beobachten ist. Europa wird dadurch immer weniger in der Lage sein, seinen Beitrag für den Frieden in der Welt zu leisten und den friedlichen Wettlauf mit den beiden Weltmächten zu bestehen.

von dringenden Aufgaben im eigenen Lande in der Zukunft erhöhte finanzielle Aufwendungen erfordern?

Begründung: Weil Stabilität und Wohlstand in der Bundesrepublik von Stabilität und Wohlstand in der Welt abhängen und die Entwicklungspolitik ein wichtiger Bestandteil der deutschen Friedenspolitik ist.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung, daß die völkerrechtliche Anerkennung der Ostberliner Regierung dazu beitrüge, dem Ziel einer europäischen Friedensordnung näherzukommen? Welche Konsequenzen können sich für die deutsche Nation, für die Bundesrepublik und die Position Berlins aus einer etwaigen völkerrechtlichen Anerkennung Ostberlins ergeben?

Begründung: Weil die Forderung der Machthaber in Ostberlin, jedes Gespräch mit Vertretern der Bundesrepublik von der vorherigen völkerrechtlichen Anerkennung abhängig zu machen, zeigt, daß Pankow das Ziel verfolgt, die Spaltung Deutschlands zu zementieren, eine dauerhafte europäische Friedensordnung aber nicht auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands errichtet werden darf.

Bundesjugendring

Unsere Gesellschaft braucht Reformen

In einer vielbeachteten Rede in der Frankfurter Paulskirche bekannte sich der CDU-Generalsekretär, Bundesminister Dr. Bruno Heck zur heutigen Jugend. Man müsse ihr Gelegenheit geben, ihren Willen zum Engagement in eine echte demokratische Mitarbeit am Staat umzusetzen. Im einzelnen führte Dr. Heck u. a. aus:

„Seit 1945, seit die Waffen des zweiten Weltkrieges schweigen, toben neue Kriege in Korea, in Vietnam, in Algerien und auf Sinai, und dann wieder in Vietnam, und dort ist der Krieg heute noch nicht zu Ende. Die Friedlosigkeit hält die ganze Welt gefangen. Noch nie haben sich die Menschen so viele Mittel der Zerstörung und Vernichtung geschaffen wie in den letzten 20 Jahren. Offensichtlich haben die Geschichte und der letzte Krieg die Welt in Verhältnissen hinterlassen, die anscheinend nur mit Gewalt aufrechterhalten und verändert werden können.“

Die Sorge, daß die Gewalttätigkeit die Friedlosigkeit ablösen könnte, ist eher begründet als die Hoffnung, daß der Friede sie beende. Es erscheint so, als ob lediglich die Drohung der Gewalt von allen Seiten uns den gegenwärtigen Zustand des waffenstarrten Gleichgewichts garantiere, der von vielen als Friede mißverstanden wird.

Wir fordern Frieden und wir fordern Veränderung zugleich! Ist das nicht ein Widerspruch? Sie als Vertreter der Jugend sollen insbesondere die Avantgarde des verändernden Fortschritts sein. Ich frage mich da, können Sie den Frieden als konkretes Ziel überhaupt akzeptieren? Bedeutet Frieden nicht Verzicht auf Auseinandersetzung, Verzicht auf Reform? Bedeutet er nicht im Gegenteil Anerkennung des Bestehenden, Hinnahme der Unvollkommenheit, Ablehnung des Widerstandes? Heißt Frieden-wollen nicht am Status quo festhalten?

Wenn das der Preis des Friedens wäre, daß immer alles beim alten bliebe, dann könnten wir, dann könnte vor allem die Jugend nicht für den Frieden plädieren. Aber Friede und Veränderung, Friede und Reform, Friede und Fortschritt sind keine Gegensätze, im Gegenteil, sie bedingen einander.

Friede ist nicht gleichzusetzen mit dem Status quo; genau genommen, widerspricht ihm sogar. Gerade dort, wo die ständig notwendige Veränderung nicht stattfindet, entwickelt sich der Nährboden für gewaltsame Auseinandersetzungen. Friede, so kann man sagen, fordert als Voraussetzung Entwicklung und Anpassung, Kritik und Reform, Friede fordert Veränderung. Eine zweite Erfahrung sagt uns, daß häufig gerade die Gewalt das Bestehende unverändert erhalten möchte. Immer dort, wo sich Gruppen oder Institutionen gegen Veränderungen wehren, so sie ihre erworbenen Positionen mit allen Mitteln zu behalten wünschen, da wird Macht als Gewalt empfunden und Gegengewalt herausgefordert.

In unserem Land ist manches nicht in Ordnung. Unsere Gesellschaft braucht Reformen, nicht nur die Hochschulen. Unser ganzes Bil-

dungswesen hat noch nicht jene Gestalt gefunden, die Demokratie und Industriegesellschaft fordern und in diesem Rahmen alle Begabungen jeweils zu ihrer besten Ausbildung kommen läßt.

Von diesen beiden Perspektiven her, vom Wissen, daß der Frieden nur dann stark ist, wenn er sich als eine tätige Kraft erweist, die notwendigen Wandel schafft, und von der Einsicht, daß manches bei uns nicht in Ordnung ist, müssen wir die Unruhe in der Jugend beurteilen – allerdings dann anders, als es da und dort geschieht. Dann dürfen wir nicht unterstellen, jeder Jugendliche – das gilt auch für Erwachsene –, der Reformen in Staat und Gesellschaft mit leidenschaftlichem Engagement will, sei der Versuchung der Gewalt erlegen; es geht ihm nur um Unruhe, nur um Radau und Zerstörung.

Wir werden im Gegenteil zuerst annehmen können und annehmen müssen, daß auch hinter ungestümen Forderungen nach Reformen

Die Freiheit ist unantastbar

Ich meine, unsere Jugend heute verfolge auch ihre eigenen Ideale, sie sei ebenfalls kritisch, aber sie möchte sich nicht aus Staat und Gesellschaft zurückziehen. Im Gegenteil, sie möchte sich mit Staat und Gesellschaft eins wissen; sie möchte, daß Staat und Gesellschaft jung seien, daß sie jung bleiben, damit sie sich mit ihnen identifizieren und für sie engagieren könne. Dieser Wille zur Mitverantwortung darf nicht ohne Echo bleiben, er darf insbesondere nicht dem Mißtrauen begegnen. Wir müssen offen sein für die Kritik und für jedes Gespräch, und Möglichkeiten bieten, den Willen zum Engagement in die Tat umzusetzen.

Meine Generation hat diesen Staat ja nicht für sich selbst geschaffen, sondern für die, die uns nachfolgen. Was kann es im Grunde Sinnvolleres geben, als daß unsere Töchter und unsere Söhne sich des Erbes zu bemächtigen trachten? Sie werden zunächst versuchen, durch Mitsprache darüber mitzuverfügen, um so in die Verantwortung hineinzuwachsen.

Unser Staat ist noch nicht alt, aber doch erscheinen manche Strukturen verhärtet und unelastisch. Manches in Staat und Gesellschaft wirkt müde und satt und fordert Protest heraus. Sie sollen aber trotzdem wissen, Sie sollen es von denen wissen, die aus böser Erfahrung diesen Staat und diese Gesellschaft geformt haben, daß jene Spielregeln, die heute manchen zu beengen scheinen, das Rückgrat unserer Freiheit sind. **Die Institutionen**

der Glaube und die Hoffnung stehen, das Überkommene erwerben und das Erworbene annehmen zu können in einer organischen Erneuerung des Bestandes, auf daß jener dynamische Frieden Wirklichkeit werde, der allein das Bedürfnis nach Sicherheit im Wandel gewährleisten kann.

Die Sozialforschung, aber auch unsere persönlichen Erfahrungen zeigen uns, daß diese Vermutung zu recht besteht. Die Jugendlichen lehnen Gewalt und Terror ab; sie verschreiben sich auch keinen versponnenen utopischen Zielen, wie sie ihnen extreme Gruppen anbieten. Aber sie meinen doch, daß etwas bei uns nicht stimme.

Sie wissen nicht genau zu sagen, was das sei, aber sie vermuten, daß sich z. B. in der Pressekonzentration oder in dem, wie sie Politik und Verwaltung erfahren, Symptome dessen zeigen, was nicht stimme. Deswegen sind sie bereit, sich mit den studentischen Demonstrationen zu solidarisieren, ganz unabhängig davon, daß sie Gewalt und revolutionäre Ziele ablehnen. Damit wird der Kern des jugendlichen Unbehagens deutlich. Man will, daß es besser werde bei uns, an den Schulen und auf den Universitäten; man möchte durchsehen durch die Politik und mehr beteiligt sein.

Wir haben uns in unserer Jugend viel weniger zurechtgefunden in den Verhältnissen, in die wir hereingeboren und hineinerzogen wurden als die Jugend heute. Die öffentlichen Angelegenheiten haben wir anderen überlassen. Und das hat sich bitter gerächt. Unsere Abstinenz hat die kritische Wachsamkeit der Jugend abgelenkt und das politische Feld der Diktatur preisgegeben.

der Demokratie, deren Handhabung durch die Politiker heute vielen so leicht als Manipulation erscheint, sind eine Garantie dafür, daß nicht erneut Chaos und Diktatur unser Teil werden.

Der Wohlstand macht die Menschen manchmal träge, egoistisch und unempfindlich, aber er bietet auch die Chance der Selbstverwirklichung für den einzelnen wie für den Staat. Unser Parlamentarismus hat seine Schwächen; da gibt es manches zu ändern, aber um ihn leistungsfähiger zu machen, nicht um ihn zu beseitigen. Wir müssen uns um eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung kümmern – aber den Wohlstand und seine Grundlagen sollten wir uns erhalten.

Nichts darf uns so unantastbar sein wie die Freiheit und ihre Voraussetzungen in der Demokratie. Ihr Glanz mag manchem blaß erscheinen, ihre Kraft darf sie niemals verlieren. Denn nie wird Frieden sein ohne Freiheit.

Vor nunmehr zehn Jahren hat Karl Jaspers hier an dieser Stelle, in der Paulskirche, über die Voraussetzungen einer Friedenspolitik gesprochen. „Wahrheit, Freiheit und Frieden“ war sein Thema. Er hat überzeugend dargelegt, daß kein äußerer Friede ohne den inneren Frieden des Menschen zu erlangen sei, daß Friede allein durch Freiheit sei und Freiheit allein durch Wahrheit. In der Hingabe an Wahrheit, der sie entspringt und der sie dient, ist erfüllte Freiheit möglich.“

PERSONALIEN

Dr. Otto Schmidt, CDU-Bundestagsabgeordneter, wurde vom österreichischen Bundespräsidenten mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit Stern ausgezeichnet. Schmidt hatte die österreichische Bundesregierung bei der beabsichtigten Einführung der Mehrwertsteuer beraten.

*

Bundesverteidigungsminister **Dr. Schröder** sprach sich auf einer CDU-Veranstaltung in Pinneberg für eine flexible, den Wandlungen in der Welt unterworfenen Europapolitik aus. Minister Schröder wies dabei besonders auf die Beitrittswilligkeit Großbritanniens zur EWG hin. Gleichzeitig hob er hervor, daß unter allen Umständen an der bisherigen Bündnispolitik festgehalten werden müsse.

*

Dr. Wilhelm Lenz, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion, faßte die Vorstellungen von Ministerpräsident Kühn, die SPD zur „linken Volkspartei“ zu entwickeln, als Rückkehr „zur Ballonmütze“ auf. Lenz ist der Ansicht, die nordrhein-westfälische SPD habe damit zum Angriff auf Wehner und die „SPD-Baracke in Bonn“ geblasen.

*

Dietrich Rollmann, CDU-Bundestagsabgeordneter, forderte die umgehende Einberufung der Wahlrechts-Kommission der CDU/CSU in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Kommission, Dufhues. Die ergebnislosen Verhandlungen um eine Koalitionsregierung in Baden-Württemberg hätten bewiesen, wie notwendig ein Wahlrecht sei, das klare Mehrheiten schaffe.

*

Die CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag wählte zu ihrem neuen Vorsitzenden den 54jährigen Abgeordneten **Erich Ganzenmüller**, Professor an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Hall.

*

Mit humorvollen Worten übergab Bundesschatzminister **Schmücker** dem Oldenburger Landesmuseum 54 Gemälde und Plastiken aus dem ehemaligen Reichsschatz, Kunstwerke also, mit einer, wie Schmücker es formulierte, „peinlichen Vergangenheit“. Aber, so fragte der Minister, was könne Rembrandt dafür, daß Göring seine Bilder gekauft habe.

*

Adolf Müller, CDU-Bundestagsabgeordneter, begegnete der Klage seiner FDP-Kollegen, sie könnten aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche nicht an allen parlamentarischen Beratungen teilnehmen, mit den Worten: „Wenn Sie sich angesichts Ihrer schwachen Repräsentanz Rollschuhe unterschnallen müssen, damit Sie in sämtliche Ausschüsse fahren können, dann dürfen Sie das nicht uns, sondern höchstens Ihren Wählern anlasten...!“

AKTUELL

Nach den Pfingsttagen hat es in vielen Zeitungen große Artikel unter der Überschrift „Unruhe unter den Vertriebenen“ gegeben. Sind die großen Vertriebenenentreffen aber wirklich so abgelaufen, daß von einer Rebellion gesprochen werden kann oder zeigt nicht vielmehr die Reaktion auf die Reden des für die Vertriebenenpolitik zuständigen Ministers von Hassel deutlich, daß auch die Vertriebenen realistischen und dennoch nationalen Überlegungen offen sind?

Weshalb, so fragt Josef Stingl, Vorsitzender des CDU/CSU Landesverbandes Oder-Neiße, räumt man den Heimatvertriebenen nicht das Recht ein, auch einmal die eigenen Forderungen in protestierender Unruhe deutlich zu machen. Die CDU weiß, daß die vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge keine Rebellen gegen die rechtsstaatliche Demokratie sind, sondern ihre treuesten Verfechter. Deshalb wird die Union auch künftig den Vertriebenen eine politische Heimat bieten. Eine Abwanderung der Vertriebenen zum Rechtsradikalismus ist dann nicht zu befürchten, wenn die demokratischen Parteien die Vertriebenen nicht verketzern, sondern sie zum Ausbau der Demokratie heranziehen und ihre Leistungen würdigen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die kommunalpolitischen Aufgaben der CDU

Welcher Überlegungen bedarf es, um auf kommunalpolitischem Gebiet die zweifellos vorhandenen Reserven an befähigten Mitarbeitern in der CDU zu erkennen und wirkungsvoll einzusetzen? Mit diesem Problem setzt sich Günter Rinsche in seiner heutigen Fortsetzung aus dem im Christian Wegner Verlag, Hamburg, erschienenen Buch „Die Zukunft der CDU“ auseinander.

Entscheidend für die zukünftige Stellung der CDU in den Großstädten ist die Frage, ob die Führungsgruppen der CDU hier ihre spezifischen kommunalpolitischen Aufgaben erkennen und zu lösen vermögen. Kommunalpolitik ist die Kunst, das Zusammenleben der Bürger einer Gemeinde in optimaler Weise zu ordnen.

Kommunalpolitik — als angewandte Wissenschaft von den Erfordernissen — kann um so besser gestaltet werden,

- je mehr die Ordnungskonzeption der bestimmenden Partei der Würde und dem Wesen der menschlichen Person entspricht,
- je größer das Potential an kommunalpolitischer Energie bei den politischen Parteien ist,
- je wirksamer die vorhandene kommunalpolitische Energie für die Verwirklichung kommunalpolitischer Ziele eingesetzt werden kann.

Die zuerst genannte Voraussetzung guter Kommunalpolitik ist die Frage nach dem Menschenbild, das einer kommunalpolitischen Konzeption zugrunde liegt. Die Christlich Demokratische Union hat hier die

religiös fundierte Überzeugung, daß das christliche Bild vom Menschen allen anderen Vorstellungen an Wirklichkeitstreue und überzeitlicher Gültigkeit überlegen ist.

Die zweite Bedingung umschreibt die einfache Tatsache, daß die Leistungskraft einer politischen Partei in einer Stadt um so größer ist, je zahlreicher und je fähiger ihre kommunalpolitisch interessierten und aktiven Mitglieder sind.

Die dritte Aussage schließlich enthält das Problem der „Rationalisierung in der Politik“, d. h. des zweckmäßigen und rationalen Einsatzes der verfügbaren Kräfte.

„Verantwortungs-Positionen“ schaffen

Ein anderer Problemkreis besteht darin, daß die **Mitgliederschaft der CDU in den Großstädten disproportional zusammengesetzt ist und bestimmte Bevölkerungsgruppen innerhalb der großstädtischen CDU und ihrer Führungsgremien nicht genügend repräsentiert sind.** Auf die damit verbundene Gefahr hat R. Mayntz aufmerksam gemacht: *„Wenn die ersten (oder diewerbenden) Mitglieder hauptsächlich aus einer bestimmten sozialen Schicht stammen, werden sie neue Mitglieder in erster Linie aus eben dieser Schicht werben, weil sie dort ihre Bekannten haben ... Je weni-*

Nach den vorangegangenen Ausführungen bedarf es keines großen Beweises für die Tatsache, daß sowohl die Leistungskraft als auch die Nutzung der vorhandenen kommunalpolitischen Energie bei der CDU in den Großstädten noch sehr zu wünschen übrig läßt. In keiner der Großstädte über 200 000 Einwohner erreicht die Mitgliederzahl der CDU das an sich erforderliche Mindestmaß von 1 Prozent der Bevölkerung. Nur zwei dieser 26 Großstädte haben mehr als 5 Mitglieder pro 1000 Einwohner.

Die großen Erfolge der CDU im Bund und in vielen Ländern haben zudem dazu geführt, daß die permanente Abwanderung fähiger Aktivbürger in die Bundes- und Landespolitik zu einer Schwächung des kommunalpolitischen Potentials der CDU in den Großstädten beitrug. Im Unterschied zur SPD haben Bundes- und Landesvorstände der CDU fast nichts unternommen, um die Attraktivität des kommunalpolitischen Engagements verantwortungsfähiger CDU-Mitglieder zu steigern. Die kommunalpolitische Tätigkeit galt allenfalls als Eintrittsstufe und Durchgangsstadium für „höhere Aufgaben“.

ger eine Organisation aktiv und gezielt rekrutiert und je mehr sie sich darauf beschränkt, aus den spontanen Bewerbern auszuwählen, was sie braucht, um so schwerer wiegt naturgemäß jede selbstselektive Tendenz unter den Bewerbern.“ Die Folge kann dann jene „Abtreibung der Eliten“ sein, die K. Sacherl im Zusammenhang mit der sogenannten Ämterhäufung und „Verkrustung der herrschenden Schicht“ in den politischen Parteien untersucht hat.

Die kommunalpolitische Aufgabe der CDU, die sich aus dieser Problematik ergibt, besteht in der **Schaffung möglichst vieler „Verantwortungs-Positionen“ innerhalb der Parteiorganisation und ebenso im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.** Zahlreiche Chancen der kommunalpolitischen „Schulung durch Mitarbeit“ sowie einer wünschenswerten Ankurbelung des „innerparteilichen Wettbewerbs“ sind noch nicht genutzt. Als Beispiel sei nur darauf verwiesen, daß in der kommunalen Selbstverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen neben den Ratsherren und Gemeindevorstellern in fast allen Ausschüssen vom Rat gewählte Bürgervertreter mitarbeiten und mitentscheiden.

Auf die **Notwendigkeit der Verjüngung in den Führungskreisen** politischer Parteien weist M. Duverger hin: *„Was die Verjüngung der Partei verhindert, ist sehr viel weniger der Widerstand der höheren Leiter als der von unten. In den Ortsgruppen liebt man neue Gesichter nicht, vor allem aber nicht einen raschen Aufstieg ... In der Partei muß man seine Klassen absetzen ... Als Beispiel einer Verjüngung auf Umwegen ließe sich die Tätigkeit der Sachverständigenbüros anführen. Diese geben jüngeren Experten die Möglichkeit, sehr bald eine einflußreiche Rolle in der Partei zu spielen, ohne den langen, von den unteren Funktionären aufgelegten cursus honorum absolvieren zu müssen.“*

(Fortsetzung folgt)

Fernsehen, Funk, Film

Vor kurzem haben einige Bürger unseres Landes Persönlichkeiten und Institutionen des öffentlichen Lebens in Deutschland eine private Stellungnahme zum „Fall Springer“ zugeleitet. Es handelt sich um junge Kaufleute und Philologen aus Nordrhein-Westfalen, die mit der außerparlamentarischen Opposition in keinerlei Verbindung stehen, worauf sie ausdrücklich hinweisen. Sie heben auch besonders hervor, daß sie Proteste durch Gewalt und Gesetzesverletzungen nicht unterstützen und billigen.

Es ist hier nicht der Ort, sachlich auf den Hauptteil ihrer Stellungnahme einzugehen, in dem sie untersuchen, wie BILD über die Osterereignisse berichtete. Das Material, auf das sie sich stützen, ist sicher nicht ausreichend, die dann gezogenen Schlußfolgerungen zu rechtfertigen. Die Lösungsvorschläge, die sie machen, enthalten aber einen Punkt, über den nachzudenken sich lohnt. Ausgehend von der Forderung, daß die Nachrichten- und Informationspolitik der großen Zeitungen mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik finden müsse, kommen die sieben Bürger zu einem zweifellos interessanten Diskussionsbeitrag: Ebenso selbstverständlich wie sich Fernsehkritik in den Tageszeitungen finde, sei Pressekritik im Fernsehen möglich. Fernsehen und Hörfunk böten sich als Medien für diese verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik geradezu an. Diese Pressekritik müsse keineswegs trocken und langweilig sein. Allein die bloße Existenz einer derartigen Sendereihe wäre ein sehr

wirksames Korrektiv gegen verzerrende Berichterstattung, so schreiben sie in ihrer Stellungnahme.

Auch wenn man sich so weitgehende Hoffnungen nicht zu eigen macht, ist es doch lohnend, über diese Anregung ein wenig nachzudenken. Es könnte der Einwand kommen, eine in einer festen Sendereihe beispielsweise des Fernsehens institutionalisierte Kritik an Zeitungsartikeln würde den Wettbewerb beider Medien noch verschärfen. Dieses Argument ist aber sicher nicht zwingend, denn was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Da die Presse Sendungen des Fernsehens aufmerksam beobachtet und kritisiert, müßte es möglich sein, auch die umgekehrte Möglichkeit zu schaffen, was der Gleichheit des Wettbewerbs dienen könnte. Zwar gehört eine Presseschau beim Hörfunk schon lange zum täglichen Brot, aber das Fernsehen ist bisher über kleine Ansätze beispielsweise im Westdeutschen Fernsehen, dem Dritten Programm des WDR, nicht hinausgekommen.

Es geht nicht darum, den Zeitungen noch mehr Konkurrenz zu machen, in dem man ihren wesentlichen Inhalt im Fernsehen wiedergibt. Es ist aber denkbar, daß eine regelmäßige und auch durchaus kritische Sendung dieser Art einerseits das Interesse der Fernsehzuschauer erst auf gewisse Zeitungen lenkt und andererseits als Korrektiv gegen einseitige Auswüchse der Berichterstattung dienen kann. ARD und ZDF sollten daher diese Anregung sorgfältig prüfen.

ohg.

Laufbahn-Neuordnung

Unruhe in der Bundeswehr?

Die Feststellung im Jahresbericht 1967 des Wehrbeauftragten, daß das Unbehagen und die Unruhe vornehmlich in der jungen Generation nicht ganz ohne Einfluß auf die Bundeswehr geblieben sind, stimmt mit den Beobachtungen überein, die die Abgeordneten der CDU/CSU bei ihren Truppenbesuchen gemacht haben.

Es gibt sicherlich verschiedene Gründe für ein Unbehagen. Die wesentliche Ursache dürfte jedoch in der Personalsituation gerade bei den Unteroffizieren, und hier insbesondere bei den Soldaten auf Zeit liegen. So ist es nicht mehr länger tragbar, die **Einführung der 4. Laufbahn** noch weiter hinauszuschieben. Die Fraktionsführung der CDU/CSU hat im Februar dieses Jahres auf die Dringlichkeit der Laufbahn-Neuordnung hingewiesen und den bisherigen Leidensweg dieses Vorhabens aufgezeigt.

Trotz vielfältiger Bemühungen der CDU/CSU, die SPD hinsichtlich der 4. Laufbahn zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen, hat diese sich bisher nicht verbindlich dazu geäußert.

Nicht geringer, eher von noch größerer Bedeutung für die Bundeswehr sind die mit dem Ausscheiden der längerdienenden Soldaten auf Zeit zusammenhängenden Fragen. Auch hier stimmt die Beurteilung des Wehrbeauftragten mit den Erfahrungen der Mitglieder des Verteidigungsausschusses aus den Reihen der CDU/CSU überein. Viele Unteroffiziere sehen in ihrem früheren Beruf kein angemessenes Fortkommen mehr. Sie glauben, ihren sozialen Besitzstand nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr nicht mehr in vollem Umfange halten zu können.

Im Hinblick auf die dadurch bedingten Belastungen im familiären Bereich hat die CDU/CSU-Fraktion in der Haushaltsdebatte vom 5. 4. 1968 folgenden Entschließungsantrag eingebracht: *„Die Bundesregierung wird ersucht, durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß der Anteil der Zeit-Soldaten in der Bundeswehr vergrößert wird. Es muß erreicht werden, daß die Stellen, die nur auf Grund des Fehlens an längerdienenden Soldaten von Wehrpflichtigen eingenommen sind, tatsächlich von Soldaten auf Zeit besetzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Bundesverwaltung sicherzustellen und mit den Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbänden mit dem Ziel zu verhandeln, daß Soldaten auf Zeit anteilmäßig nach entsprechender Ausbildung und Prüfung vorrangig in den öffentlichen Dienst übernommen werden (Zivilversorgungsschein).“*

In der Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 9. Mai 1968 wurde insbesondere von der CDU/CSU gefordert, die Situation der Unteroffiziere unter besonderer Berücksichtigung der zukünftigen Versorgung der längerdienenden Zeit-Soldaten im Ausschub baldmöglichst zu behandeln. Dabei wurde vom Bundesministerium der Verteidigung verlangt, genaue Unterlagen über die derzeitige Situation im Unteroffiziersbereich vorzulegen und die im o. a. Entschließungsantrag vom 5. 4.

1968 geforderte **Übernahme von längerdienenden Zeit-Soldaten in die öffentliche Verwaltung des Bundes, der Länder und der Kommunen** zu betreiben sowie andere anstehende Aufgaben zu lösen. Unabhängig hiervon sollten alle anstehenden Einzelfälle im Bereich der Soldaten auf Zeit unverzüglich einer befriedigenden Regelung zugeführt werden. Gerade der öffentliche Dienstherr ist gehalten, unter Beachtung des Prinzips von Treu und Glauben gemachte Zusagen einzuhalten. Die bestehende Unruhe wird weithin behoben werden, wenn die Gesamtlösung dieser Frage ebenso wie die anstehenden Einzelregelungen auf dieser Grundlage vorgenommen werden.

Das vom Wehrbeauftragten ebenfalls angesprochene Problem der **Wehrgerechtigkeit** ist zweifellos ein anderer, wegen des allgemeinen Interesses an dieser Frage wahrscheinlich ein noch bedeutsamerer Grund für Unzufriedenheit und Un-

behagen. Die Arbeitsgruppe Vertiefung der CDU/CSU-Fraktion hat Ende Januar 1968 bereits Wege zur Verbesserung der Lage aufgezeigt und eine Kombination von Lösungsmaßnahmen vorgeschlagen. Die kurz hernach gebildete Sonderkommission, der Mitglieder des Parlaments wie Angehörige der Exekutive angehören, hat inzwischen die derzeitigen Verhältnisse überprüft und die Voraussetzungen für Neuregelungen geklärt. Ihr Lösungsvorschlag dürfte in einigen Wochen Regierung und Parlament unterbreitet werden.

Das Stichwort von der „Wehrungerechtigkeit“ wurde hochaktuell, nachdem die Bundesregierung in ihrem Bemühen, mit den verschärften Haushaltsschwierigkeiten fertig zu werden, auch Leistungskürzungen für Wehrpflichtige vorgeschlagen hatte. Das Aufbegehren dieser Kreise junger Menschen gegen dieses Vorhaben lief parallel zu Bemühungen des Verteidigungsausschusses, initiiert von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion, mit der akuten Finanznot auf andere Weise fertig zu werden. Daß dies weitgehend gelang, kam zweifellos gerade auch der Bundeswehr zugute.

Wie in anderen Sachbereichen, entstehen auch im Zusammenhang mit den notwendigen Verteidigungsanstrengungen auf Grund der Schwierigkeit, alles für erforderlich Gehaltene auch immer voll leisten zu können, geradezu unvermeidbare Spannungen. Es ist und bleibt die Pflicht aller Verantwortlichen, bei der Lösung der dadurch aufkommenden Probleme immer den Menschen im Mittelpunkt der Sorge und des Bemühens stehen zu lassen.

Josef Rommerskirchen, MdB

Gezielte Wissenschaftspolitik

Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Gerhard Stoltenberg, hat vor der Presse in Bonn neue Entwicklungen in der Wissenschaftspolitik angekündigt.

Die Forschungspolitik des Bundes ist nach Auffassung Dr. Stoltenbergs durch eine weitere starke Steigerung der finanziellen Leistungen und die Entwicklung neuer Schwerpunkte bestimmt. Der Etat des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung betrug 1965 980 Millionen DM, 1968 umfaßt er 1,92 Milliarden DM, bis 1971 ist eine Steigerung auf drei Milliarden DM geplant. Die Gesamtleistung des Bundes für Forschung und Entwicklung (einschließlich Verteidigungsforschung und Ressortforschung) stiegen seit 1965 von 2,2 auf 3,6 Milliarden DM. Für 1971 sind sie voraussichtlich auf über 4,5 Milliarden DM zu veranschlagen.

Neben den überkommenen Schwerpunkten des Bundes (Kernenergie-, Weltraum- und Verteidigungsforschung) gewinnen andere Bereiche eine wachsende Bedeutung. So werden z. B. 1968 für die **Medizin** rund 300 Millionen DM Bundesmittel ausgegeben; das Schwerkraft liegt hier bei den Ländern mit 1,2 Milliarden DM aufgrund ihrer hohen Leistungen für die medizinische Forschung und Lehre an den Hochschulen. Damit liegt die Medizin bei den staatlichen Leistungen für die Forschung an der Spitze.

Vermehrte Anstrengungen des Bundes sind ferner u. a. in der Datenverarbeitung, Meeresforschung, Festkörperphysik und Biologie vorgesehen. Ein Sonderausschuß des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik wird für die Förderung der Biologie im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und in Deutschland konkrete Vorschläge ausarbeiten. Ferner wird gegenwärtig geprüft, wie Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Energieumwandlung, -speicherung und -übertragung, der Umwelthygiene, des Verkehrswesens, der technischen Physik und Materialforschung und auf Grenzgebieten von Biologie und Technik in den nächsten Jahren verstärkt gefördert werden können.

Eine Schlüsselfrage für die Zukunft der wissenschaftlichen Hochschulen ist eine weitere Steigerung der öffentlichen Mittel für ihren Ausbau. Im Jahre 1968 werden hierfür insgesamt etwa 1,25 Milliarden DM, davon 650 Millionen DM vom Bund bereitgestellt. Die Bundesregierung hält eine Steigerung dieses Betrages auf 1,5 Milliarden DM bis 1970 für erforderlich.

Sie wird ihre Mittel für den Ausbau der überkommenen Hochschulen 1969 auf 730 Millionen DM steigern und zusätzlich 25 Millionen DM für die Medizinischen Akademien aufwenden.

POLITISCHES LEXIKON

Reichsbanner: Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, im Jahre 1924 als Gegenstück zur Organisation „Stahlhelm“ gegründet, hat sich in Frankfurt am Main auf Bundesebene neu konstituiert. Es trägt jetzt den Beinamen „Bund aktiver Demokraten“ und will als überparteiliches Bündnis freier Bürger für Demokratie und Fortschritt eintreten. Beauftragte der bereits bestehenden oder in der Gründung befindlichen etwa sechzig Ortsvereine des „Reichsbanners“ wählten Christian Weiss (Frankfurt) zum Bundesvorsitzenden. Die einzelnen Ortsvereine haben im Durchschnitt zwischen 30 und 120 Mitglieder. München mit über 300 und Frankfurt mit über 500 Mitgliedern halten die Spitze. Zur Gründungsveranstaltung, an der auch der Frankfurter SPD-Oberbürgermeister Professor Willi Brundert teilnahm, fanden sich 200 Delegierte und Gäste ein. Die erste Nachkriegsgründung eines „Reichsbanner“-Ortsvereins erfolgte 1952 in Bremen.

Räte-Demokratie: Für die Außerparlamentarische Opposition (APO) ist das die Regierungsform, in der sie garantiert sieht, daß Menschen sich nicht gegenseitig beherrschen. Die direkt gewählten Räte sind nur Vertreter auf Zeit, sie können kurzfristig wieder abgewählt werden, wenn sich herausstellt, daß sie sich zu einer Herrschaftsschicht zu etablieren beginnen. So wird die ständige Revolution von unten zum Prinzip erhoben und an die Stelle dessen gesetzt, was die APO eine psychologische Gleichgestaltete Demokratie nennt, wobei das Wort „totalitär“ nicht politisch, sondern soziologisch verstanden wird.

Syndikalismus: Das Ziel dieser hauptsächlich in lateinischen Ländern beheimateten revolutionären Bewegung ist die Übernahme der Industriebetriebe durch die Arbeiter. Nach dem Zweiten Weltkrieg breitete sie sich auch unter den Studenten Frankreichs aus. Auf dem von Syndikalisten beherrschten Studentenkongreß des Jahres 1946 in Grenoble wurde in der „Charta von Grenoble“ das ideologische Programm des studentischen Syndikalismus formuliert. Der Student wird als Arbeiter angesehen, der im Interesse der Allgemeinheit studiert und darum auch ein Recht auf Bezahlung hat. „Direkte Kampfmaßnahmen“ werden als geeignetes Mittel zur Durchsetzung von Forderungen empfohlen.

Das französische Beispiel machte Schule. Heute besitzen die nationalen studentischen Syndikalisten-Verbände ein Koordinierungsbüro in Holland, das in loser Folge das „Bulletin pour le Coördination Syndicaliste des étudiants d'Europe“ herausgibt.

BRIEFE

Aus den Vereinigungen

Mitbestimmung - zur Diskussion gestellt

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft haben den von ihrem Arbeitskreis Mitbestimmung ausgearbeiteten Entwurf zur Ausgestaltung der Rechte des Arbeitnehmers in Betrieb, Unternehmen und Wirtschaft zur Diskussion gestellt. Das Ergebnis der Diskussion will der Bundesvorstand bei seiner abschließenden Entscheidung berücksichtigen.

Die Diskussionsgrundlage orientiert sich an dem Beschluß der Offenburger Bundestagung, in der als Zielpunkte der Mitbestimmung angegeben wurden:

- Verstärkung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers in Fragen, die ihn betreffen;
- Ausarbeitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates;
- Gleichberechtigte Stellung der Arbeit in den Aufsichtsratsorganen der Großunternehmen.

Die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers sollen in einem neu zu schaffenden Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Der Arbeitskreis schlägt vor, die Informationsrechte auszubauen, so unter anderem das Recht auf Einsicht in die Personalakten gesetzlich zu garantieren.

Die Betriebsverfassung soll die Belegschaft stärker in die Mitverantwortung für den ganzen Betrieb einbeziehen. Hierzu ist vor allem eine Verbesserung der Rechte der Betriebsverfassungsorgane notwendig, aber auch eine Neuordnung der Wahlverfahren. Für Groß- und Größt-Unternehmen soll eine Verfassung geschaffen werden, die nicht nur wie bisher die Aktionäre umfaßt, sondern die die Unternehmen kon-

stituierenden Faktoren integriert. Basisorgan dieser Verfassung ist die Unternehmensversammlung. Sie soll zu 40 % aus Vertretern der Arbeitnehmer und zu 20 % aus Vertretern des öffentlichen Interesses zusammengesetzt sein.

Die Funktionen der Unternehmensversammlung entsprechen den Aufgaben, die der Hauptversammlung nach dem geltenden Aktienrecht zukommen.

Alle Arbeitnehmervertreter haben sich der Wahl für die Belegschaft zu stellen. Es soll also kein Delegationsrecht der Gewerkschaften geben, wohl ein Vorschlagsrecht für den Teil der Arbeitnehmervertreter, der nicht im Unternehmen beschäftigt ist. Die Unternehmensversammlung wählt den Unternehmensrat. Dieser übernimmt die Aufgaben des bisherigen Aufsichtsrates.

Abgrenzungsmaterial für die Großunternehmen sind drei Kriterien, von denen mindestens zwei in den letzten drei Jahren erfüllt sein müssen:

- Mindestens 20 000 beschäftigte Arbeitnehmer;
- Mindestens 1 Milliarde DM Jahresumsatz;
- Mindestens 500 Millionen DM Bilanzsumme;

Für die Großunternehmen gilt diese Unternehmensverfassung analog, jedoch soll das öffentliche Interesse hier nur zu 5 % auf jeder Seite der beiden Partner Arbeit und Kapital vertreten sein. Kriterien für die Großunternehmen sind:

- Mindestens 4000 beschäftigte Arbeitnehmer
- Mindestens 200 Millionen DM Jahresumsatz
- Mindestens 100 Millionen DM Bilanzsumme

Als vierte Ebene der Mitbestimmung betrachten die Sozialausschüsse die überbetriebliche Zusammenarbeit der Sozialpartner. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Industrie- und Handelskammer für die gesamte Wirtschaft sprechen. Deshalb sollen gleichberechtigt neben ihnen Arbeiterkammern entstehen.

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg hat meiner Ansicht nach gezeigt, daß die Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Parteien, die um die Gunst der Wähler werben, vielleicht den rechtsradikalen Kräften zugute gekommen ist. Der Bundestagswahlkampf ist zwar noch weit weg, aber sollte man sich nicht schon heute Gedanken darüber machen, wie der Wahlkampf geführt werden muß, damit der Wähler sich für eine der beiden großen Parteien entscheidet?

Dr. Horst D., Stuttgart-Steckfeld

Antwort: Zu diesem Fragenkreis hat der Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Kraske, kürzlich in einer Diskussion des ZDF ausführlich Stellung genommen und dazu u. a. erklärt:

„In der gemeinsamen Regierungsarbeit sollten die beiden großen Parteien möglichst wenig an den bevorstehenden Wahlkampf denken und möglichst wenig daran denken, sich zu unterscheiden, sondern sie sollten die große gemeinsame Aufgabe sehen; daß heißt eben Koalition, daß man dann wirklich zusammenarbeitet, und ich glaube, das wird für beide große Parteien der Wähler auch viel mehr honorieren.“

Nach den Erfahrungen, die wir in dieser Legislaturperiode im Bund gemacht haben und die wir in einigen Ländern gemacht haben, und Baden-Württemberg ist ja vielleicht das bitterste und das erschreckendste Beispiel, muß eine der zentralen Wahlkampfaussagen, jedenfalls sicher der CDU, die sein, daß der Wähler, wenn irgend möglich, so entscheiden soll, daß er einer der großen Parteien die Mehrheit und das Vertrauen für eine alleinige Regierungsführung gibt, damit wir endlich aus dem Zwang zu Koalitionen und Kompromissen herauskommen.“

Mittelstand bleibt politisch stabil

Gegen eine erweiterte Mitbestimmung sprach sich Bundesminister Dr. Werner Dollinger auf einer Kundgebung der CSU-Mittelstandsgruppe für die Wirtschaft und die freien Berufe in Erlangen aus.

Der Minister sagte, Eigentum und Verfügungsrecht am Unternehmen ließen sich nicht voneinander trennen. Auch der Mittelstand müsse sich hier in der Ablehnung engagieren.

Zugleich wandte sich Minister Dollinger gegen eine Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand. Sie bringe weder Vorteile für die mittelständische Wirtschaft, noch Preissenkungen.

Erlangens Oberbürgermeister Dr. Heinrich Lades, der Bezirksvorsitzende der CSU in Mittelfranken, stellte in seinem Referat über die Gemeinsamkeiten zwischen Mittelstand und Gemeinden heraus. Der Mittelstand kämpfe um seine Selbstständigkeit, die Gemeinden um ihre Selbstverwaltung. Zwischen ihnen bestünden deshalb besondere Bindungen, die den gewerblichen und freiberuflichen Mittelstand zur politischen Mitarbeit in den kommunalen Gremien verpflichteten.

Dr. Lades zeigte Verständnis für den im unternehmerischen Bereich vielerorts anzutreffenden Unmut über die bürokratische Schwerfälligkeit. Bürger und Ämter im kommunalen Bereich sollen sich jedoch als Verbündete empfinden.

Dr. Sigmund Heller, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU-Mittelstandsgruppe, hatte Kritik daran geübt, daß in der Aufzeichnung der amtlichen Politik des Bundeswirtschaftsministers vom Mittelstand kaum die Rede sei. So habe der Jahresbericht des Bundeswirtschaftsministers auf 33 Druckseiten gerade 36 Zeilen über die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe enthalten. Wenn die Mittelstandspolitik trotzdem auch in der Großen Koalition auf der Tagesordnung stehe, so sei dies bis in die jüngste Zeit ein entscheidender Verdienst der CDU/CSU.

Dr. Heller wies die Behauptung zurück, die Stimmen für die NPD in Baden-Württemberg rekrutierten sich aus unzufriedenen Angehörigen des Mittelstandes. Der Mittelstand sei im Gegenteil keineswegs anfällig gegenüber extremen politischen Gruppierungen.

Hinweise und Termine

Fremde - Gäste - Freunde

Gastarbeiter in Deutschland

Unter diesem Titel ist soeben eine illustrierte bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7, erschienen.

Diese illustrierte befaßt sich mit dem Problem aller Gastarbeiter, insbesondere mit folgenden Punkten:

1. Wie begann es?
2. Woher sind sie?
3. Wieviele Frauen?
4. Wie alt sind sie?
5. Wo arbeiten sie?
6. Haben wir zuviel Ausländer?

Außerdem enthält diese illustrierte einige aufschlußreiche Statistiken. Einzel Exemplare sind kostenlos bei der Bundeszentrale erhältlich.

Woche vom 16. 6.—22. 6. 68

20. 6.	CDU — Bund	Präsidiumssitzung	Bonn
20. 6.	CDU — Bund	Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik	Bad Godesberg
20.—22. 6.	KPV — Bund	Hauptausschußsitzung	Berlin
21. 6.	CDU — Bund	Bundesvorstandssitzung	Bonn
22. 6.	LV Rheinland-Pfalz	Landesparteiausschuß	Mainz
V o r s c h a u			
28./29. 6.	LV Berlin	Landesparteitag	Berlin
28. 6.	JU — Bund	Bundesvorstandssitzung Deutschlandratsitzung	Frankfurt
29. 6.	LV Rheinland-Pfalz	Mittelstandstag	Bingen
4. 7.	CDU — Bund	Präsidiumssitzung	Bonn
6. 7.	LV Nord-Württemberg	Landesparteitag	Stuttgart
12.—14. 7.	CSU	Landesversammlung	München
12. 7.	LV Württemberg-Hohenzollern	Geschäftsführender Landesvorstand	Sigmaringen

Aus den Landesverbänden

Vorschläge zur Hochschulreform

Eine Diskussionsgrundlage zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen hat der Landesvorstand der hessischen CDU der Öffentlichkeit übergeben. Das Arbeitspapier schlägt zum Teil tiefgreifende Reformen und Strukturveränderungen innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen vor.

An der Spitze der Hochschulen soll ein Präsident stehen, der von einem Verwaltungsfachmann unterstützt wird, die beide vom akademischen Senat gewählt werden. Akademische, wirtschaftliche und Personalverwaltung sollen künftig einheitlich zusammengefaßt werden. An der Selbstverwaltung der Hochschulen soll jede Gruppe angemessen beteiligt werden. In Fragen der Lehre und in studentischen Angelegenheiten wird nach den von der Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses der hessischen CDU, Frau Dr. Hanna Walz/MdL, erarbeiteten Vorschlägen eine paritätische Beteiligung angestrebt.

Statt der bisherigen vier Verwaltungsebenen werden in Zukunft nur noch zwei Verwaltungsebenen die innere Struktur der Hochschulen kennzeichnen. Gesamthochschule und Fachbereich sollen die bisherige Gliederung von Lehrstuhl, Institut, Fakultät und Gesamthochschule ersetzen. Diese Form der Selbstverwaltung soll gleichzeitig den jeweils von den Entscheidungen Betroffenen sowohl Mitwirkungs- als auch Einspruchsmöglichkeiten eröffnen.

Die Gründung neuer und der Ausbau bestehender Hochschulen zu Gesamthochschulen muß nach einer Gesamtplanung auf Bundesebene in enger Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsrat und den Ländern erfolgen. Notfalls muß die Zuständigkeit des Bundes durch Grundgesetzänderung hergestellt werden. Wissenschaftliche Hochschulen, Fachhochschulen und Akademien sollen ein breitgefächertes Ausbildungssystem, bezogen auf den tat-

sächlichen Bedarf an Fachkräften verschiedenster Richtung, anbieten. Forschungsschwerpunkte sollen von Wissenschaftsrat, Bund und Ländern gemeinsam festgelegt werden. Die Finanzierung obliegt dem Bund und den Ländern, da sie die Ländergrenzen überschreiten. Ein westeuropäisches Forschungsverbundsystem ist anzustreben.

Die Studentenschaft hat als Teil der Hochschule die Rechtsfähigkeit einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. In ihr ist jeder ordentlich Studierende zwangsläufig Mitglied. Daher kann sie nicht für ihre Mitglieder politische Erklärungen abgeben oder entsprechende Maßnahmen veranlassen.

Schließlich fordert die CDU eine Reihe von Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Studenten. Dazu gehört neben der Studienförderung besonders der Studentenwohnheimbau — insbesondere auch für Studenten- und Assistentenehepaare.

Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dr. Alfred Dregger, bezeichnete die hochschulpolitischen Vorschläge seines Landesverbandes als eine Diskussionsgrundlage, die in den kommenden Wochen mit den Vertretern der Professoren, der Assistenten und der Studenten erörtert werden soll. Änderungsvorschläge aus dem von diesen Vorschlägen betroffenen Personenkreis sollen gegebenenfalls zur Ergänzung beitragen. Der Landesvorstand wird dann endgültig in der Form von Leitlinien seine Vorstellungen zu einer den künftigen Erfordernissen gerecht werdenden Hochschulpolitik vorlegen.

Forderungen der CDU Schleswig-Holstein

Der Landesausschuß der CDU Schleswig-Holsteins hat am Wochenende in einer Sitzung in Kiel unter Leitung des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke, den Entwurf des CDU-Aktionsprogramms beraten und eine veränderte Fassung zur Vorlage an den Bundesparteitag verabschiedet.

Grundlage der Beratungen im Landesausschuß waren die Ergebnisse der intensiven Diskussionen in den Orts- und Kreisverbänden, den Landesfachausschüssen, einem eigens gegründeten Landesarbeitskreis unter Leitung von Minister Dr. Schlegelberger und einer zweitägigen Klausurtagung mit über 100 Teilnehmern in Sankelmark. Die CDU Schleswig-Holsteins hat in der durch den Landesausschuß verabschiedeten Vorlage dem Aktionsprogramm neue Akzente gegeben.

Dabei hat sich die CDU des nördlichsten Bundeslandes im Bereich der Gesellschaftspolitik klar gegen eine Ausweitung der Mitbestimmung im Sinne des ursprünglichen Entwurfs ausgesprochen. Es heißt in diesem Abschnitt: „Die CDU fordert, daß die in abhängiger Stellung Tätigen an der Gestaltung des wirtschaftlichen Geschehens beteiligt werden. Eine überbetriebliche Einflußnahme durch ein organisiertes Interesse verhindert, daß der einzelne Arbeitnehmer selbst diese Beteiligung ausübt und lenkt von dieser sozialen und gesellschaftlichen Zielsetzung ab. Eine Ausdehnung der Mitbestimmung in der Montan-Industrie auf andere Wirtschaftszweige ist daher abzulehnen.“

In der Frage des Wahlalters tritt die CDU Schleswig-Holsteins für die Herabsetzung auf das 20. Lebensjahr ein.

Die Junge Union Norder- und Süderdithmarschen will ihre bisherigen beiden Bezirksverbände im November zu einem Kreisverband zusammenfassen. Die Junge Union möchte mit diesem Schritt Parteien und Organisationen ein Beispiel für eine sinnvolle Koordination geben. Es habe sich gezeigt, daß sich in zusammengeschlossenen Räumen die wirtschaftliche und politischen Kräfte nicht nur addieren, sondern potenzieren. Deshalb fordert die Junge Union, diese Erkenntnisse sollten sich auch in der Kommunalpolitik niederschlagen, damit man nicht hinter der dynamischen Entwicklung dieser Zeit hoffnungslos zurückbleibe.

Gegen eine Bindung der Lehrerbesoldung an die Bestimmungen für Vereinheitlichung der Lehrerbildung sprach sich der CDU-Abgeordnete im hessischen Landtag von Zworowsky aus. Eine solche Bindung führe zu einer Verfestigung der Strukturen, die dann wiederum die Reform der Lehrerbildung in den Ländern erschwere.

Eine Amnesti für die kriminellen Vorkommnisse seit den Ostertagen auch nur in Erwägung zu ziehen, hält der Vorsitzende des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen, Dufhues, für unangebracht und gefährlich. Dufhues ist der Ansicht, daß Demonstranten dadurch nur zu einem gewalttätigen Vorgehen ermutigt würden.

Die CDU-Fraktion des Düsseldorf Landtags forderte in einem Antrag die Landesregie-

IN KÜRZE

Die Junge Union Norder- und Süderdithmarschen will ihre bisherigen beiden Bezirksverbände im November zu einem Kreisverband zusammenfassen. Die Junge Union möchte mit diesem Schritt Parteien und Organisationen ein Beispiel für eine sinnvolle Koordination geben. Es habe sich gezeigt, daß sich in zusammengeschlossenen Räumen die wirtschaftliche und politischen Kräfte nicht nur addieren, sondern potenzieren. Deshalb fordert die Junge Union, diese Erkenntnisse sollten sich auch in der Kommunalpolitik niederschlagen, damit man nicht hinter der dynamischen Entwicklung dieser Zeit hoffnungslos zurückbleibe.

Mit höheren Ergänzungszuweisungen des Bundes könne das Saarland im kommenden Haushaltsjahr kaum rechnen, teilte CDU-Fraktionsvorsitzender Jakob Feller in Saarbrücken mit. Nach seiner Ansicht werde es sehr intensiver Bemühungen bedürfen, auch für 1969 wieder 47 Millionen DM vom Bund zu erhalten. Unter Umständen werde im kommenden Jahr ein Teil dieser Ergänzungszuweisungen zweckgebunden als Unterhaltskosten für die Universität vergeben.

Im Zusammenhang mit den Unterbrechungen des Unterrichts an vielen Frankfurter Schulen hat sich der hessische Kultusminister Schütte eindeutig vor der Verantwortung gedrückt. Diesen Vorwurf erhob der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Arnulf Borsche. Schütte habe die Last der Entscheidung von sich gewälzt, indem er es dem Ermessen der Schulleiter anheimgestellt habe, den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Dieser Vorgang zeige die Ratlosigkeit des Kultusministers.

Das neue Stuttgarter Kabinett

Nach der in der Nacht zum Dienstag in Stuttgart erzielten Einigung auf eine Fortsetzung der Großen Koalition in Baden-Württemberg sieht das neue Kabinett wie folgt aus:

Ministerpräsident: Filbinger (CDU)

Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident: Krause (SPD)

Finanzminister: Gleichauf (CDU)

Wirtschaftsminister: Schwarz (SPD)

Kultusminister: Hahn (CDU)

Justizminister: Schueler (SPD)

Bundesangelegenheiten: Seifritz (CDU)

Arbeits- und Sozialminister: Hirrlinger (SPD)

Landwirtschaftsminister: Brümer (CDU)

Erstmals wurden die Abgeordneten Gleichauf (CDU), Brümer (CDU) und Hirrlinger (SPD) als Minister in ein Kabinett berufen.

Der bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Camill Wurz wurde auf der ersten Sitzung des neuen Landtags zu seinem Präsidenten gewählt. Dem neuen baden-württembergischen Landtag gehören 127 Abgeordnete an, davon kommen 60 Abgeordnete von der CDU, 37 von der

SPD, 18 von der FDP und 12 von der NPD.

Ministerpräsident Filbinger versicherte, die neue Landesregierung werde die vom bisherigen Kabinett eingeleiteten Programme und Pläne fortführen, eine moderne Politik betreiben und die Verfassungsänderungen einleiten, die zur Bewältigung der Großen Zukunftsaufgaben notwendig seien. Filbinger betonte, daß die Große Koalition im Lande für die ganze Legislaturperiode und nicht nur bis zur Bundestagswahl 1969 geschlossen worden sei.

SPD spielt Mehrheit aus

Der stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dr. Schwarz-Schilling, wertete in Frankfurt die Absicht der hessischen Sozialdemokraten, in der Schulfrage hart zu bleiben, als Zeichen dafür, daß sie von ihrer Mehrheit im Landtag rücksichtslos Gebrauch machen wollen. Diese Haltung sei bereits sichtbar geworden, als es die SPD abgelehnt habe, über Initiativen der CDU zur hessischen Schulpolitik zu diskutieren. Dennoch werde die CDU auch weiterhin für eine wahlweise Förderstufe eintreten, an deren Stelle von der SPD die gesetzliche Förderstufe angestrebt wird.

Informationen

Ehmkes neuester „Schwabenstreich“

Bundesjustizminister Heinemann schätzt die „fröhliche Unverschämtheit“ seines Staatssekretärs Horst Ehmke. Heinemann steht mit dieser Wertschätzung allerdings allein auf weiter Flur. Denn die fröhliche Unverschämtheit hat die SPD und besonders die SPD Baden-Württembergs in eine zwielichtige Lage versetzt. Staatssekretär Ehmke, einer der höchsten Beamten der Regierung der Großen Koalition in Bonn, sieht seine politische Aufgabe zur Zeit darin, gegen die Große Koalition in Baden-Württemberg zu Felde zu ziehen.

Schon bei der Landesdelegiertenkonferenz in Kehl Mitte Mai, bei der sich die wackeren linken Schwaben, noch unter dem Schock der Landtagswahl stehend, mit knapper Mehrheit gegen die Fortsetzung der CDU/SPD-Koalition aussprachen, war Ehmke einer der Wortführer jener SPD-Kreise, die ihre Partei für die nächsten vier Jahre lieber auf der Oppositions- und nicht auf der Regierungsbank sehen möchten.

Dieser „Schwabenstreich“, wie es verschiedene Zeitungen nannten, wurde nun von der SPD-Landtagsfraktion korrigiert. Der SPD-Landesvorstand hat diesen Beschluß gebilligt. Vermutlich hat die Sorge, daß bei Neuwahlen die extremen politischen Kräfte von rechts und links weiteren Auftrieb erhalten könnten, bei dieser Entscheidung eine nicht unbedeutende Rolle gespielt; abgesehen davon, daß die bisherige Koalition unter Führung von Ministerpräsident Filbinger große landespolitische Erfolge vorweisen konnte.

Der Herr Staatssekretär, der in Bonn der Großen Koalition dienen soll, ist dessen ungeachtet weiterhin anderer Meinung. Er verurteilt den Beschluß der SPD-Landtagsfraktion und erregt den Unmut des SPD-Parteipräsidiums und der Mehrheit aller Sozialdemokraten in Baden-Württemberg, die ihre politischen Entscheidungen auch nach dem Wohl des Staates ausrichten.

Prags falsche Freunde

Das SED-Regime läßt nichts unversucht, um die Spannungen in Europa zu verstärken. Dies ist nur die eine Seite der sogenannten „Friedenspolitik“ Ost-Berlins. Auch innerhalb des kommunistischen Lagers maßt sich Ulbricht die Rolle eines Aufpassers an. Ihn wurmt es ganz besonders, daß es im Ostblock Länder gibt, die ihren Menschen mehr Freiheit gewähren wollen, als Ulbricht unseren mitteldeutschen Landsleuten zugesteht.

Seitdem in Prag neue Männer regieren, ist das einstmalige herzliche Einvernehmen zwischen Ost-Berlin und den tschechoslowakischen Kommunisten arg getrübt. Den letzten Angriff startete das Mitglied des Politbüros der Zone, Honecker. Vor der sechsten Tagung des SED-Zentralkomitees erteilte er den Reformbestrebungen in Prag eine scharfe Absage.

Wofür ist nun eigentlich Ehmke, fragen sich die politischen Beobachter? Wenn er glaubt, als innerparteilicher Wortführer der Parteiopposition sich Verdienste erwerben zu müssen, dann sollte er sich doch eigentlich von jenen Aufgaben freimachen, die ihm in Bonn die gleiche Koalition aufträgt, die er in Stuttgart so leidenschaftlich bekämpft.

Des Rätsels Lösung steht vielleicht auf einem ganz anderen Blatt. Staatssekretär Ehmke möchte wohl, so vermuten wenigstens seine Parteifreunde, um jeden Preis im nächsten Bundestag als Abgeordneter einzuziehen. Deshalb buhlt er um das Wohlwollen bestimmter SPD-Wahlbezirke, die sich ebenfalls gegen eine Große Koalition in Stuttgart wie überhaupt ausgesprochen haben. Ob diese Rechnung aufgeht? Die SPD ist nicht zu beneiden.

Die Kritik der SED hat freilich in der Tschechoslowakei tiefgreifende Auswirkungen, und zwar in einem Sinn, den die SED-Machthaber wohl nicht erwartet haben. So schrieb das offizielle Organ der sozialistischen Partei in der CSSR „Svobodne Slovo“, anlässlich der letzten Repräsentation Ost-Berlins, den Schüleraustausch zu stoppen: „Wir waren bereit, die Unverschämtheiten zu übersehen, aber jetzt sind wir gezwungen, einen neuen Tatbestand festzustellen, nämlich den Versuch, Beziehungen zwischen jungen Menschen zu trüben. Vielleicht wäre es einmal gut, in Ruhe zu überlegen, ob das Kapital des Vertrauens zum neuen Deutschland, das in 19 Jahren aufgebaut wurde, nicht erschöpft werden könnte.“ Vielleicht merkt man eines Tages auch in Prag, wo das neue und friedliche Deutschland tatsächlich aufgebaut worden ist.

Stichwort zum Wochenende

In der nächsten Woche beginnt der Bundestag die Endrunde seines dritten Arbeitsjahres. Am 30. Juni geht es in die große Sommerpause, die bis zum 21. September dauert. Und dann nimmt das letzte Arbeitsjahr dieser Wahlperiode seinen Auftakt. Es bleibt also für die Verwirklichung der anstehenden Vorhaben nicht mehr allzu viel Zeit.

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat nun dieser Tage öffentlich Kritik an der angeblich zu langsamen Arbeit der Bundesregierung geübt und einen Katalog von Aufgaben aufgestellt, die noch in diesem Jahr erledigt werden müßten.

Abgesehen davon, daß Brandt selbst an hervorragender Stelle mitverantwortlich ist für die Arbeit dieser Regierung, bedarf es weder einer besonderen Mahnung noch eines neuen Arbeitsprogramms.

Beträchtliches wurde von der Regierung Kiesinger geleistet. Man denke an die Stabilisierung von Wirtschaft und Währung, die mittelfristige Finanzplanung, den Ausgleich des Haushalts, die Notstandsgesetzgebung und die Reform des Strafrechts. All das hat bewirkt, daß der Bürger wieder wie selbstverständlich zu dem Lohn seiner Mühen kommt und die D-Mark an ihrem 20. Geburtstag keine abgegriffene Münze ist, sondern eine stabile Währung bleibt.

...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Man wird realistisch genug sein müssen, damit zu rechnen, daß sich die Westmächte, wie schon beim Durchreiseverbot für die Mitglieder der Bundesregierung mit einem papierenen Protest begnügen werden, da sie selbst von den Maßnahmen nicht betroffen sind. Für die Bundesregierung, deren Absicht, den Interzonenhandel zu erleichtern, wieder einmal zu spät kommt, um ein besseres Klima zwischen Ost-Berlin und Bonn zu schaffen, stellt sich jetzt ernstlich die Frage nach einer eigenen Verhandlungsinitiative.“

„Frankfurter Rundschau“, 12. 6. 1968

„Zudem ist die Einführung der Paß- und Visapflicht ein recht geschickter Schachzug in einer Zeit, in der besonders die Amerikaner keinerlei Wert darauf legen, auch in Mitteleuropa noch einen Konflikt herden entstehen zu lassen. Denn die-

ser Schachzug stellt keine direkte Behinderung des Berlin-Verkehrs dar. Wenn der Westen die Paß- und Visapflicht nicht hinnehmen will, so würde er, und nicht der Osten, die Millionenstadt Berlin blockieren.“

„Frankfurter Neue Presse“, 12. 6. 1968

„Was schon seit mehreren Wochen in der Luft liegt, ist gestern eingetreten: Die SED hat durch die Volkskammer allgemeine Reisebeschränkungen im Berlin-Verkehr beschließen lassen... Wie werden die westlichen Alliierten reagieren? Werden sie es bei einem geharnischten Protest bewenden lassen oder werden sie mehr tun? Aber was? Die Bundesregierung ist jedenfalls nicht in der Lage, irgendwelche wirkungsvollen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. So traurig es ist, so wahrscheinlich ist es auch: Die Deutschen werden künftig einen

Reisepaß brauchen, um von Deutschland nach Deutschland zu fahren, ein Anachronismus in einer Zeit, da in anderen Teilen Europas die Grenzbeschränkungen immer geringer werden.“

„Stuttgarter Zeitung“, 12. 6. 1968

„Damit ist die politische Szenerie in Mitteleuropa verändert. Darauf werden sich nicht nur die Deutschen, sondern auch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einrichten müssen. Sie haben Verpflichtungen für Berlin übernommen, zu denen sie stehen müssen.“

„Die Welt“, 12. 6. 1968

„Während andere sozialistische Länder den Visumzwang einschränken oder abbauen, führt Pankow ihn gegenüber dem ‚anderen deutschen Staat‘ ein, gewiß nicht ohne die Zustimmung Moskaus, das man lange genug, dem Vernehmen nach bereits seit 1962, in dieser Hinsicht bedrängt hat.“

„Wiesbadener Kurier“, 12. 6. 1968